

Arbeitsauftrag:

1. Beschreiben Sie, was in der Karikatur dargestellt wird.
2. Interpretieren Sie, was der Zeichner mit der Karikatur ausdrücken möchte.



Personen: (1. Reihe von l. nach r.) deutscher Michel, Abdullah al-Aziz (ehemaliger Premierminister Saudi Arabiens), Abdel Fattah al Sisi (Präsident von Ägypten), Hassan Rohani (Präsident des Irans), Robert Mugabe (ehemaliger Präsident von Simbabwe), Kim Jong Un („Oberster Führer“ von Nordkorea), (2. Reihe) Taliban (Terrorgruppe die bis 2001 große Teile Afghanistans beherrschte), Baschar al-Assad (Präsident Syriens), Hu Jintao (ehemaliger Staatspräsident von China)

Karikatur „Wählen gehen“ von Klaus Stuttmann, am 18.09.13 zur Bundestagswahl erstellt.

Salman ibn Abd al-Aziz (Saudi-Arabien):

zur Person:

- Geboren 1935 in Riad, Saudi-Arabien
- Seit 2015 absolutistischer König und Premierminister
- hatte bereits unter seinem Vorgänger verschiedene Ämter inne, unter anderem als Verteidigungsminister und stellvertretender Ministerpräsident.
- Salman hat gute Verbindungen zum einflussreichen islamischen Klerus des Landes. Von den liberalen Kräften und den Schiiten wird er weniger stark abgelehnt als sein Vorgänger, dennoch gilt auch er als konservativ.

Quellen: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/saudi-arabien-koenig-abdullah-bin-abdul-asis-al-saud-ist-tot-a-1014513.html> (letzter Zugriff: 27. Januar 2021)
<http://www.bpb.de/apuz/194431/innenpolitische-und-gesellschaftliche-herausforderungen> (letzter Zugriff: 9. Januar 2019)

Wahlsystem Saudi-Arabien:

- Saudi-Arabien ist eine absolute Monarchie. Die Legitimität des Königs speist sich aus seinem Anspruch, in Übereinstimmung mit einer puritanischen Auslegung des sunnitischen Islam, dem Wahhabismus, zu herrschen. Politische und geistliche Macht sind eng verflochten, das Land gilt als streng religiös.
- Die gesamte politische und militärische Macht liegt in den Händen des Königshauses, wichtige Posten wie der des Außen- und Verteidigungsministers oder der Provinzgouverneure sind mit Brüdern bzw. Halbbrüdern des Königs besetzt.
- Auch die Gesetzgebung liegt in Händen des Königshauses; die Madschlis Asshura, eine Versammlung von 150 Mitgliedern, die vom König für vier Jahre ernannt werden (seit 1992), hat eine rein beratende Funktion. Diese „Beratende Versammlung“, die sich überwiegend aus Fachleuten, Wissenschaftlern und Technokraten zusammensetzt, hat ein Mitspracherecht bei der Leitung der Staatsgeschäfte und ein so genanntes Fragerecht.
- Politische Parteien und Gewerkschaften sind in Saudi-Arabien nicht zugelassen, es herrscht weitgehendes Versammlungsverbot, die Meinungs- und Pressefreiheit sind eingeschränkt. Das öffentliche Leben ist streng kontrolliert, nicht islamische Religionsausübung wird unter Strafe verfolgt. Menschenrechte gelten nur unter Vorbehalt ihrer Vereinbarkeit mit der Scharia.
- Saudi-Arabien hat sich im vergangenen Jahrzehnt langsam geöffnet. König Abdullah, der Anfang 2015 starb, hatte in seiner Regierungszeit versucht, die Stellung der Frau zu stärken - gegen den massiven Widerstand konservativer Kleriker.
- Saudi-Arabien hat 2015 Frauen erstmals erlaubt, sich an einer Wahl zu beteiligen. Aktiv, als Wählerinnen, aber auch passiv, als Kandidatinnen. 130 000 Frauen hatten sich registrieren lassen, etwa 980 traten selbst zur Wahl an. Ihnen standen knapp anderthalb Millionen männliche Wähler und 6 900 Bewerber gegenüber.
- Das von der Regierung angestoßene Reformprogramm „Vision 2030“ bewirkt seit einigen Jahren einen gesellschaftlichen und sozialen Wandel, der sich u.a. positiv auf Frauenrechte auswirkt. Ein freier gesellschaftlicher Diskurs

findet jedoch nicht statt. Medien stehen unter staatlicher Kontrolle und kritische Stimmen müssen mit Sanktionen rechnen. Aus wirtschaftlicher Sicht soll das Reformprogramm v.a. die Abhängigkeit der größten Volkswirtschaft im arabischen Raum vom Öl vermindern.

Quellen: <http://www.bpb.de/apuz/194427/saudi-arabien> (letzter Zugriff: 26. Januar 2021)
https://www.wissen-digital.de/Saudi-Arabien#Politisches_System (letzter Zugriff: 26. Januar 2021)
<https://www.sueddeutsche.de/politik/frauenwahlrecht-erste-frauen-gewaehlt-eine-kleine-revolution-in-saudi-arabien-1.2780701> (letzter Zugriff: 9. Januar 2019)
<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/saudiarabien-node/portrait/202616> (letzter Zugriff: 26. Januar 2021)

Abdel Fattah al-Sisi (Ägypten)

zur Person:

- Geboren 19. November 1954 in Kairo, Ägypten
- Ägyptischer General, der im Juli 2013 durch einen Militärputsch den Präsidenten Mohammed Mursi stürzte.
- Im Mai 2014 wurden al-Sisi zum Präsidenten gewählt und im März 2018 wurde er wiedergewählt, die Wahlen waren allerdings weder frei noch fair.
- Die Regierungszeit von al-Sisi ist von einem autoritären Herrschaftsstil und Repression gegen oppositionelle Kräfte geprägt. Human Rights Watch, Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen kritisieren massive Menschenrechtsverletzungen in Ägypten. Es komme zu Massenverhaftungen, unfairen Gerichtsverhandlungen, Folter in Gefangenschaft und Todesurteilen, vor allem gegen Anhänger der Muslimbrüder, darunter auch den abgesetzten Präsidenten Mursi.

Quelle: <https://edition.cnn.com/2014/07/01/world/africa/abdel-fattah-el-sisi-fast-facts/index.html> ((letzter Zugriff: 26. Januar 2021)

<https://www.boell.de/de/2018/03/21/wahl-aegypten-der-paranoide-diktator> (letzter Zugriff: 26. Januar 2021)

Wahlsystem Ägypten:

- Im Mai 2014 wurde Ex-General Abdel Fattah al-Sisi zum Präsidenten gewählt – mit mehr als 90 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag laut Wahlkommission bei etwa 47 Prozent. Zahlreiche oppositionelle Kandidaten aus dem islamistischen Lager wurden im Vorfeld verhaftet oder von der Wahl ausgeschlossen, andere verzichteten auf eine Kandidatur. Als einziger Kandidat ging schließlich der linksnationalistische Politiker Hamdin Sabahi gegen al-Sisi ins Rennen – und unterlag. Seit den Wahlen regierte al-Sisi per Dekret und ohne Parlament.
- Nach dem ägyptischen Wahlgesetz wird das Parlament für fünf Jahre gewählt. Es besteht aus bis zu 568 Sitzen. 420 davon werden von individuellen Kandidaten und 120 von über Parteilisten zur Wahl antretende Personen besetzt. Bis zu 28 Abgeordnete – fünf Prozent der Sitze – kann der Präsident ernennen.
- Parlamentswahl 2015: Mehrere Parteien hatten die Wahlen wegen anhaltender Menschenrechtsverletzungen und Kritik am Wahlprozess boykottiert. Die Muslimbruderschaft, die bei den Wahlen 2012 noch als erfolgreichste Partei abgeschnitten hatte, war zu den Wahlen 2015 nicht zugelassen. Im Zeitraum der Stimmabgabe kam es auch zu zahlreichen Gewalttaten. Ebenso berichteten Wahlbeobachter über den Kauf von Wählerstimmen. Insgesamt war die Wahlbeteiligung niedrig, rund 28 Prozent der über 56 Millionen Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab.
- Präsidentschaftswahl 2018: Ohne wirkliche Konkurrenz wird Ägyptens Präsident al-Sisi wiedergewählt. Laut dem offiziellen Ergebnis der Wahlkommission stimmten

97 Prozent der Wähler für den ehemaligen General. Die Wahlbeteiligung lag bei 41,5 Prozent.

- 2019 stimmte das Volk in einem Referendum mit 88,8 Prozent über eine Verfassungsänderung ab, die die maximale Amtsdauer von vier auf sechs Jahre verlängert. Eine besondere Regelung würde allerdings auch Al-Sissis aktuelle Amtszeit um zwei Jahre verlängern und ihm gestatten, 2024 erneut anzutreten – dann für sechs Jahre. Mit den beschlossenen Änderungen erhält der autoritäre Präsident al-Sissi auch mehr Einfluss auf die Justiz. Er sitzt künftig einem Hohen Justizrat vor und ernennt den Generalstaatsanwalt sowie den Vorsitzenden des Obersten Verfassungsgerichts. Auch die Rolle des einflussreichen Militärs wird gestärkt. Die Wahlbeteiligung beim Referendum lag bei knapp 45% Prozent.

Quelle: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/213758/parlamentswahl-in-aegypten> (letzter Zugriff: 26. Januar 2021)

https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-04/referendum-aegypten-praesident-al-sissi-verfassung?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (letzter Zugriff: 26. Januar 2021)

<https://www.tagesschau.de/ausland/aegypten-wahl-113.html> (letzter Zugriff: 26. Januar 2021)

Hassan Rohani (Iran):

zur Person:

- Geboren am 12. November 1948 in Sorkheh, Iran
- Iranischer Politiker und Geistlicher, der 2013 zum Präsidenten des Irans gewählt und 2017 wiedergewählt wurde

Quellen: <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-22886729> (letzter Zugriff: 25. Januar 2021)
<https://www.britannica.com/biography/Hassan-Rouhani> (letzter Zugriff: 25. Januar 2021)

Wahlsystem Iran:

- Irans politisches System ist einmalig: als Islamische Republik vereint das Land in sich republikanisch-demokratische und theokratisch-autoritäre Elemente. Trotz ideologischer Widersprüche, innen- und außenpolitischer Krisen sowie heftiger Richtungskämpfe innerhalb der Elite ist die Islamische Republik beachtlich stabil. Die republikanischen Institutionen sind das Amt des Präsidenten, der die Regierung führt, und das gesetzgebende Parlament.
- Der Präsident des Landes wird alle vier Jahre direkt vom Volk gewählt. Er besitzt aber nur begrenzte Vollmachten. Das Parlament umfasst 270 vom Volk gewählte Mitglieder und wird ebenfalls alle vier Jahre vom Volk neu gewählt. Jedoch müssen die Kandidaten für die Wahl vom obersten Wächterrat gebilligt werden. Wessen Kandidatur vom Wächterrat abgelehnt wird, kann nicht kandidieren und damit natürlich auch nicht gewählt werden.
- Der oberste Wächterrat prüft außerdem alle vom Parlament erlassene Gesetze auf ihre Übereinstimmung mit der Verfassung, den Prinzipien der Republik und mit dem Islam. Er besteht aus zwölf Mitgliedern, von denen sechs - Juristen - vom Parlament gewählt und sechs - Geistliche - vom obersten religiösen Führer, dem Revolutionsführer, ernannt werden. Der Wächterrat besitzt damit eine dem deutschen Verfassungsgericht vergleichbare Funktion. Der Revolutionsführer wird von dem 86 Mitglieder umfassenden Expertenrat gewählt und ggf. auch abgewählt. Die Kandidaten zur Wahl in den Expertenrat werden vom Wächterrat auf ihre Übereinstimmung mit der iranischen Verfassung und den islamischen Lehren überprüft und nur bei einem positiven Ausgang dieser Prüfung zur Wahl zugelassen. Der Expertenrat wird - mit den zugelassenen Kandidaten - alle 8 Jahre vom Volk gewählt.

Quellen: <https://www.goruma.de/laender/asien/iran/politisches-system> (letzter Zugriff: 27. Januar 2021)
<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/iran-ode/iran/202394?openAccordionId=item-202410-1-panel> (letzter Zugriff: 25. Januar 2021)
<https://www.bpb.de/internationales/asien/iran/40110/irans-politisches-system> (letzter Zugriff: 27. Januar 2021)

Emmerson Mnangagwa (Simbabwe)

zur Person:

- Geboren am 15. September 1942 in Shabani, Südrhodesien (heute Simbabwe)
- Nach dem Rücktritt des ehemaligen Präsidenten Robert Mugabe im Zuge des Militärputsches im Jahr 2017 wird Emmerson Mnangagwa im Juli 2018 mit 50,8 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt
- Von 2014-2017 war Emmerson Mnangagwa unter seinem Vorgänger Robert Mugabe „Erster Vizepräsident“.
- Mit dem Wahlsieg Mnangagwas herrschte zunächst vorsichtiger Optimismus im Land: Mnangagwa gab sich staatsmännisch, er versprach Reformen und faire Wahlen. Doch mit der Gewalt gegen Demonstranten und der Kritik von internationalen Wahlbeobachtern verblassten die Hoffnungen.

Quelle: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/simbabwe-emmerson-mnangagwa-gewinnt-wahl-a-1221465.html> (letzter Zugriff: 26. Januar 2021)
<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/simbabwe-staatschef-mnangagwa-gewinnt-praesidentenwahl-15720731.html> (letzter Zugriff: 26. Januar 2021)
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/trauriges-erbe-von-mugabe-armut-und-arbeitslosigkeit-in-zimbabwe-16371569.html> (letzter Zugriff: 26. Januar 2021)
https://www.deutschlandfunkkultur.de/40-jahre-unabhaengiges-simbabwe-mit-viel-mut-gegen-willkuer.979.de.html?dram:article_id=476531 (letzter Zugriff: 26. Januar 2021)
<https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-11/emmerson-mnangagwa-simbabwe-nachfolger-robert-mugabe> (letzter Zugriff: 26. Januar 2021)

Wahlsystem Simbabwe:

- Die Entwicklung des Konflikts in Simbabwe vollzog sich in zwei Phasen. Die erste Phase begann 1980 mit der Unabhängigkeit und endete im Jahr 2000 mit der Formierung der politischen und zivilgesellschaftlichen Opposition gegen die Herrschaft Mugabes und der Zanu-PF. Auf die Infragestellung seiner Macht reagierte das Regime mit brutalen Angriffen und systematischer Repression gegen die demokratischen Kräfte des Landes. Vor allem Anhänger der MDC und anderer regierungskritischer Kreise wurden eingeschüchtert und getötet. Die Repression erreichte während und nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2008 ihren Höhepunkt. Als Reaktion auf den Wahlsieg der MDC bei den Parlamentswahlen und in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen initiierte die Zanu-PF eine brutale Vergeltungsaktion. Angesichts der ca. 200 Todesopfer und zahlreichen Verletzten zog sich damals der Vorsitzende der MDC, Morgan Tsvangirai, aus der Präsidentschaftswahl zurück.
- Daraufhin drängte die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC) unter Führung des damaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki auf die Einbeziehung der MDC in eine Koalitionsregierung mit Mugabe als Präsidenten und Tsvangirai als Premierminister. In den Folgejahren scheiterten allerdings politische Reformen regelmäßig am Widerstand Mugabes und der Zanu-PF. Die langjährige Regierungspartei kontrollierte weiterhin den mächtigen

Sicherheitsapparat (Militär, Polizei, Geheimdienst) sowie das Verteidigungs-, Justiz-, und de facto auch das Innenministerium. Repressionen und Menschenrechtsverletzungen gegen Anhänger und Sympathisanten der MDC bestimmten den politischen Alltag. Die Koalitionsregierung (Februar 2009 bis August 2013) hatte immerhin zu einer gewissen wirtschaftlichen Stabilisierung und dem Ende des Paria-Status Simbabwe innerhalb der internationalen Gemeinschaft geführt.

- Unmittelbar nach dem sanften Putsch im Jahr 2017 keimte dennoch in Simbabwe die Hoffnung auf einen politischen Neuanfang. Drei Jahre später ist davon nichts mehr übrig: Seit Mnangagwas Amtsübernahme gab es mehrere tödliche Einsätze von Soldaten gegen die eigene Bevölkerung. Das Militär gewann insgesamt an Macht, die Grundrechte der Bürger sind weiterhin ständig bedroht. Statt eines Neustarts rutschte die Wirtschaft unter Mnangagwa immer tiefer in den Abgrund, viele Menschen können sich nur noch eine Mahlzeit am Tag leisten.

Quelle: <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54685/simbabwe> (letzter Zugriff: 27. Januar 2021)

https://www.deutschlandfunkkultur.de/40-jahre-unabhaengiges-simbabwe-mit-viel-mut-gegen-willkuer.979.de.html?dram:article_id=476531 (letzter Zugriff: 27. Januar 2021)

Kim Jong Un (Nordkorea):

zur Person:

- Geboren am 8. Januar 1982 oder 1983 in Pjöngjang, Nordkorea als jüngstes von insgesamt drei Kindern des nordkoreanischen Herrschers Kim Jong Il.
- Der Vater Kim Jong Il, am 17. Dezember 2011 gestorben, bereitere seinen jüngsten Sohn noch zu Lebzeiten gezielt auf die Nachfolge vor. Er holte ihn im September 2010 in die Führungsebene der Staatspartei und machte ihn zum Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Arbeit. Zugleich wurde er als Vier-Sterne-General stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission der Partei. Diese Maßnahmen machten ihn praktisch zu seinem Nachfolger. Am 31. Dezember 2011 wurde Kim Jong Un zum Obersten Kommandeur der nordkoreanischen Streitkräfte ernannt.
- 2012-2016 Erster Sekretär der PdAK (=Partei der Arbeit Koreas), seit 2012 Erster Vorsitzender des Nationalen Verteidigungskomitees und der Zentralen Militärkommission, seit 2016 Vorsitzender der PdAK
- 2016 wurde er an die Spitze des Komitees für Staatsangelegenheiten gestellt, das höchste Regierungsorgan Nordkoreas, welches die vorherige Rolle des Nationalen Verteidigungskomitees übernahm
- Regierungspolitisch zeichnet sich Kim insbesondere durch die Konsolidierung seiner Machtposition innerhalb des Landes aus sowie durch die Aufrüstung des Atomprogramms
- 2018 hat er sich erstmals seit Jahren mit dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae In getroffen und erstmalig mit dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump, um die Abrüstung des nordkoreanischen Atomprogramms zu diskutieren

Quellen:

<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/fischer-weltalmanach/162575/kim-jong-un>
(25.01.2021)

<https://www.britannica.com/biography/Kim-Jong-Eun> (25.01.2021)

Wahlsystem Nordkorea:

- Offiziell stellt sich das politische System in Nordkorea als demokratisch dar. Dies zeigt sich am offiziellen Namen des Staates – Demokratische Volksrepublik Korea. Das Land in Ostasien, auf der nördlichen Seite der koreanischen Halbinsel, wird jedoch diktatorisch regiert. Nordkorea gilt als Land mit dem weltweit restriktivsten politischen System; die schweren Menschenrechtsverletzungen und das militärische Nuklearprogramm haben Nordkorea weitgehend isoliert.
- Mit der Erweiterung der Macht von Kim Il Sung (von 1948-1994 Diktator Nordkoreas) und seiner Familie etablierte sich die Partei der Arbeit Koreas (PdAK) de facto zur einzigen Partei im Staat. Diese Partei kontrolliert sämtliche Aktivitäten im Land. Dazu hat sie ein System entwickelt, das eine Überwachung der gesamten Bevölkerung, sei es im ländlichen oder städtischen Raum,

ermöglicht. Außerdem koordiniert sie die etwa 100 Massenorganisationen, die den Zielen der Partei dienen.

- Die Oberste Volksversammlung, das Parlament, besteht aus einer Kammer und hat 687 Sitze. Wahlen finden alle 5 Jahre statt. Formell ist das Parlament zwar das höchste Machtorgan des Landes, jedoch kommt das Parlament nur ein bis zweimal jährlich zusammen. Mangels politischer Opposition kann de facto nur für oder gegen die regierenden Blockparteien gestimmt werden, die regelmäßig eine Zustimmung von 100% erhalten.
- Das Komitee für Staatsangelegenheiten der Demokratischen Volksrepublik Koreas (DVRK) ist das eigentliche höchste Regierungsorgan und hält die wirkliche Macht in der Hand. Vorsitzender des Komitees ist Kim Jong Un, der damit faktisch auch Staatsoberhaupt und Oberkommandierender der Streitkräfte ist.
- Zur Ausschaltung jeglicher Opposition wurden seit Ende der 1950er Jahre mehrere Konzentrations- und Umerziehungslager (GULAG) eingerichtet, in denen – ohne faire Gerichtsverfahren und die meisten von ihnen ohne Aussicht auf eine Entlassung – hauptsächlich politische Gefangene und Menschen, die aufgrund ihres Glaubens verhaftet wurden, unter offenbar fürchterlichen Bedingungen inhaftiert sind.

Quellen:

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/koreademokratischevolksrepublik-node/nordkorea/216102> (26.01.2021)

<https://www.bundestag.de/blob/557656/8b80a63283f218c74d7704bf65961d3d/wd-2-037-18-pdf-data.pdf> (26.01.2021)

Xi Jinping (China):

zur Person:

- 1953 geboren in Peking (China)
- 1974 Eintritt in die Kommunistische Partei Chinas
- studierte Chemieingenieurwesen von 1975-1979
- seit 2007 Mitglied des ständigen Ausschusses des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas
- 2008 Vizepräsident der Volksrepublik Chinas
- seit 2012 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas und seit 2013 Staatspräsident der Volksrepublik Chinas, 2018 Ernennung zum Staatshauptmann auf Lebenszeit durch den Nationalen Volkskongress
- in der Innenpolitik geht es Xi insbesondere darum, eine größere Verlässlichkeit bei Regelungen zu schaffen und mehr Klarheit bei der Verteilung von Zuständigkeiten im Land und er legt außerdem großen Wert auf Nationalismus und Patriotismus
- Xi hat außerdem als eines seiner ersten Projekte als Staatspräsident eine Antikorruptionskampagne gestartet, im Zuge derer viele Menschen aus ihren Ämtern entlassen wurden
- Xi treibt die wirtschaftliche und technische Entwicklung Chinas weiter voran, was sich beispielsweise am Aufbau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes innerhalb eines Jahrzehnts zeigt

Quellen:

<https://www.bpb.de/internationales/asien/china/325116/chinas-staatschef-xi-jinping>
(25.01.2021)

<https://www.britannica.com/biography/Xi-Jinping> (25.01.2021)

Wahlsystem China:

- „„Oberstes Organ der Staatsmacht““ und Gesetzgebungsorgan ist laut Verfassung der Nationale Volkskongress (NVK), der unter anderem zuständig ist für Verfassungsänderungen (mit Zwei-Drittel-Mehrheit), Ausarbeitung und Änderung von grundlegenden Gesetzen, Wahl/Abberufung der wichtigsten Mitglieder der Staatsorgane sowie Prüfung und Bestätigung des Staatshaushaltes.
- Rund 3000 Abgeordnete des NVK werden alle fünf Jahre von den Volkskongressen auf Provinzebene gewählt.
- Mehr als zwei Drittel der NVK-Abgeordneten gehören der Kommunistischen Partei an.
- China gilt als Einparteienstaat, da die Kommunistische Partei Chinas einen absoluten Führungsanspruch hat, der auch in der Verfassung verankert ist. An der Spitze der Partei steht das Zentralkomitee. Dieses wählt das Politbüro, welches 25 Mitglieder umfasst, sowie den ständigen Ausschuss des Politbüros, in dem derzeit 7 Mitglieder sitzen, unter anderem der chinesische Staatspräsident Xi

Jinping. Der Ständige Ausschuss gilt als das ranghöchste Parteiorgan und gibt die Leitlinien der Politik vor.

- Die Volksrepublik China kann als autoritäres Regierungssystem bezeichnet werden, da es weder unabhängige, politische Kontrollinstanzen gibt noch eine realistische politische Konkurrenz oder Opposition zur Kommunistischen Partei. Es gibt zwar noch acht sogenannte Demokratische Parteien, diese werden jedoch auch von der Kommunistischen Partei kontrolliert und können keine eigene politische Agenda verfolgen. Sie haben lediglich eine beratende Funktion.

Quellen:

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/china-node/politisches-portraet/200846> (25.01.2021)

<https://www.bpb.de/internationales/asien/china/44270/charakteristika-des-politischen-systems?p=all> (25.01.2021)

-

Baschar al-Assad (Syrien):

zur Person:

- 1965 als Sohn des späteren Regierungspräsidenten Syriens, Hafiz al-Assad, geboren.
- Neben einer Militärausbildung führte der Vater ihn schrittweise an Politik heran.
- Ursprünglich hätte Baschars älterer Bruder Basil die Herrschaft des Vaters übernehmen sollen und Baschar war aus diesem Grund nach London gegangen, um dort Augenarzt zu werden. Nachdem sein Bruder Basil jedoch 1994 bei einem Autounfall ums Leben kam, bereiteten Hafiz und seine Weggefährten Baschar auf die Machtübernahme vor.
- 2000, nach Tod des Vaters, stieg er rasch zum Präsidenten auf, für min. 7 Jahre gewählt (vorher Mindestalter vom Parlament für Staatspräsident auf 34 Jahre herabgesetzt).
- Innenpolitische Haltung: gegen Menschenrechte, da politische Gegner ins Gefängnis müssen, ohne Kontakt zur Familie.
- 2007 erfolgte seine Wiederwahl ohne einen politischen Gegenkandidaten.
- Anfänglich hatten viele Menschen Hoffnung auf mehr Demokratisierung und Liberalisierung unter Baschar al-Assads Herrschaft, unter anderem weil er die Modernisierung der Wirtschaft ankündigte und weil er die Menschen in Syrien auch zu offener und konstruktiver Kritik einlud. Allerdings hat Assad die daraus resultierende Hoffnungswelle, den sogenannten Damaszener Frühling schnell wieder niedergeschlagen und ist in alte Strukturen verfallen und hat die autoritären Methoden seines Vaters weitergeführt.

Quelle: <https://www.britannica.com/biography/Bashar-al-Assad> (26.01.2021)
https://www.deutschlandfunk.de/seit-20-jahren-praesident-von-syrien-assads-toedliche.724.de.html?dram:article_id=480685 (26.01.2021)

Wahlsystem Syrien:

- 2014: Assads Sieg galt als absolut sicher, zumal er nur zwei ihm getreue Gegenkandidaten hatte aufstellen lassen. Oppositionspolitiker traten nicht an. Wegen der seit 2011 anhaltenden Gefechte mit islamistischen Rebellen in dem Bürgerkriegsland konnte nur in den von den Regierungstruppen kontrollierten Regionen gewählt werden.
- Syrien ist eine sozialistische Diktatur und wird seit einem halben Jahrhundert von der Familie Assad regiert. Ihre Macht stützt sich wesentlich auf einen Polizei- und Geheimdienstapparat, der als einer der brutalsten im Nahen Osten gilt. Die Abgeordneten im Parlament haben faktisch keine politische Relevanz.
- 2011: Ausbruch des sogenannten Arabischen Frühlings in Nordafrikanischen Ländern und im Nahen Osten, so auch in Syrien → Antiregierungsproteste fanden statt. Assad kündigte daraufhin zunächst Reformen an, die er jedoch nicht umsetzte, wodurch es zu erneuten Protesten kam, die gewalttätig

niedergeschlagen wurden vom Regime. Seitdem befindet sich das Land im Bürgerkrieg, syrische Rebellen kämpfen gegen Regierungstruppen Assads. Letztere werden dabei etwa von Russland und dem Iran unterstützt, während Frankreich und die USA auf der Seite der syrischen Rebellen stehen. Zusätzlich mischen sich auch islamistische Terrorgruppen wie der sogenannte Islamische Staat in die Auseinandersetzungen ein.

- Offiziell wird das Parlament, der sogenannte Volksrat mit 250 Mitgliedern zwar gewählt, allerdings zumeist nur in Gebieten, die von der Regierung kontrolliert werden. Die seit den 1960ern herrschende Baath Partei besitzt 200 der 250 Sitze im Parlament. Auch der Präsident, Baschar al-Assad wird offiziell gewählt für sieben Jahre, allerdings finden auch hier die Wahlen nur in Regionen statt, die von der Regierung kontrolliert werden und wo folglich extremer Druck aufgebaut wird. Viele demokratische Staaten haben die Präsidentschaftswahlen in Syrien als illegitim bezeichnet.
- Zwar ist es rein rechtlich erlaubt, neue politische Parteien zu gründen, jedoch sind der Gründung in der Realität hohe Hürden gesetzt. In der Praxis sind alle legalen politischen Gruppierungen verbündet mit dem syrischen Regime oder werden von diesem stark kontrolliert.

Quellen:

https://www.deutschlandfunk.de/seit-20-jahren-praesident-von-syrien-assads-toedliche.724.de.html?dram:article_id=480685 (26.01.2021)

<https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54705/syrien> (26.01.2021)

<https://freedomhouse.org/country/syria/freedom-world/2020> (26.01.2021)

Taliban (Afghanistan):

zur Gruppe:

- Die Taliban-Bewegung entstand in den frühen 1990er Jahren als Organisation paschtunisch-afghanischer Flüchtlinge in Pakistan. 1994 eroberte sie weite Teile Afghanistans. Seit ihrem Sturz agieren die Islamisten von Pakistan aus.

Talibanherrschaft:

- Taliban eroberten Afghanistan.
- 1994 erstmals in Südafghanistan aufgetaucht und paschtunische Gebiete in Süden und Osten Afghanistans erobert.
- 1995 nahmen die Taliban Herat ein und standen kurz vor Kabul und eroberten dies 1996 unter der Führung von Ahmed Shah Masud.
- Es entstand das "Islamische Emirat Afghanistan", ein regides islamisches Regime, welches insbesondere von ethnischen Minderheiten und der städtischen Bevölkerung Kabluls und Herats abgelehnt wurde
- Oppositionen wurden unterdrückt, Regierungsführung war autoritär mit totalitären Zügen.
- die Taliban arbeiteten und arbeiten noch immer mit islamischen Terrorgruppen wie beispielsweise Al-Qaida zusammen
- Taliban boten nach vielen Jahren Krieg Hoffnung auf Ruhe und Ordnung, setzten jedoch strenge Herrschaftsvorschriften durch, z. B. Männer müssen Bärte tragen, Verbot von Fernsehen, Musik und diverser Sportarten.
- Kontrolle durch Religionspolizei mit harten Strafen bei Verstößen.
- Frauen komplett eingeschränkt, da Öffentlichkeitsverbot, Mädchenschulenschließung und Verbot der Arbeit für Frauen
- nach dem terroristischen Anschlag auf das World Trade Center in New York am 11.09.2001 intervenierten die USA und die NATO in den afghanischen Bürgerkrieg und stürzten die Taliban-Regierung. Fortan kämpften die Taliban gegen die NATO-Truppen sowie gegen die afghanischen Regierungstruppen
- im Februar 2020 kam es schließlich erstmals zu einem Abkommen zwischen den USA und den Taliban, welches in Doha, der Hauptstadt des Golfemirats Katar, unterzeichnet wurde. Darin vereinbarten die beiden Parteien einen schrittweise Abzug von US-Truppen aus Afghanistan und eine Aufnahme von Friedensgesprächen zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung. Außerdem ließen beide Seiten Gefangene im Zuge des Abkommens frei und die Taliban sicherten zu, dass sie die Gewalt im Land einschränken und eine Zusammenarbeit mit terroristischen Gruppierungen unterbinden wollten.

Quellen:

https://www.planet-wissen.de/kultur/naher_und_mittlerer_osten/afghanistan/taliban-100.html
(27.01.2021)

<https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/155323/afghanistan>
(27.01.2021)

<https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/277555/geschichte-politik-gesellschaft> (27.01.2021)

<https://www.dw.com/de/usa-und-taliban-unterzeichnen-abkommen-in-doha/a-47720466> (27.01.2021)

<https://www.tagesschau.de/ausland/usa-taliban-abkommen-105.html> (27.01.2021)



In Anerkennung dessen, dass demokratische Wahlen die Grundlage für eine legitime Regierung bilden, führt die OSZE Wahlbeobachtungen durch. Sie leistet auch technische Hilfestellung, um die gesetzgeberischen und verwaltungstechnischen Rahmenbedingungen für Wahlen in bestimmten Ländern zu verbessern.

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE beobachtet Wahlen, um zu beurteilen, in welchem Ausmaß die Wahlprozesse durch

Gleichheit,
Allgemeingültigkeit,
politischen Pluralismus,
Vertrauen,
Transparenz und
Verantwortlichkeit

gekennzeichnet sind und inwieweit dabei die Grundfreiheiten geachtet werden.

Quelle: <https://www.osce.org/de/elections>, 08.11.2020

